

Vorschlag

gemäß der Geschäftsordnung

Pastowski, Jürgen

Nr.: A 20/0348-01

Status: öffentlich

Datum: 20.05.2020

**Auswirkungen der Covid 19-Pandemie auf den Mülheimer Haushalt
Vorschlag Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Diese Drucksache ersetzt die Vorlage A 20/0269-01

Beratungsfolge:

<u>Gremium:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Status:</u>	<u>Zuständigkeit:</u>
Finanzausschuss	15.06.2020	Ö	Kenntnisnahme
Rat der Stadt	25.06.2020	Ö	Kenntnisnahme

Vorschlag:

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN schlägt die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Auswirkungen der Covid 19-Pandemie auf den Mülheimer Haushalt“ vor. Sie bittet diesbezüglich um einen Sachstandsbericht sowie um Beantwortung folgender Fragen:

1. Auf welche Höhe belaufen sich nach jetzigem Erkenntnisstand bzw. Schätzung die Mindereinnahmen der Stadt in welchen Bereichen im Haushaltjahr 2020? (Steuern, überkommunale Zuweisungen, Beiträge, Gebühren etc.)
2. Wie hoch sind nach aktuellem Erkenntnisstand die aus der Pandemie entstehenden Mehrbelastungen in welchen Bereichen? (Krisenstab, Leistungen ohne Deckung durch Einnahmen etc.)
3. Gibt es Bereiche, in denen wegen der Pandemie Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben zu verzeichnen sind?
4. Wie sieht die Finanzverwaltung die Situation über 2020 hinaus in punkto best und worst case?

5. Arbeitet die Verwaltung momentan an einem konkreten Konzept zum mittel- und langfristigen Umgang mit den finanziellen Folgen der Pandemie? Existieren Planungen und welche?
6. Gibt es Überlegungen betreffs Verhängung einer Haushaltssperre bzw. einer Verfügung zur Haushaltsbewirtschaftung? (Letzteres möglicherweise dem Kölner Vorbild folgend?)
7. Bei einem Ja zu den Fragen Nr. 5 und 6 oder einer von beiden: Wie gedenkt die Verwaltung diesbezüglich die Politik (Rat und Bezirksvertretungen) einzubinden?
8. Inwieweit steht die Finanzverwaltung im Rahmen des Bündnisses „Raus aus den Schulden“ in Kontakt mit Bezirks-, Landes- und Bundesregierung sowie dem NRW- als auch dem Deutschen Städtetag? Wenn ja, welche Erkenntnisse ergaben/ergeben sich daraus?
9. Gibt es Information betreffs der besonderen Konsequenzen für Mülheim im Rahmen des NRW-Stärkungspaktes?
10. Wie stellt sich momentan die Situation in Düsseldorf bzw. Berlin in punkto Bereitschaft zur Schaffung eines Altschuldenfonds für finanziell schwache Gemeinden dar?

Begründung:

Die momentane pandemische Situation stellt Mülheim wie alle Städte und Gemeinden vor eine bisher nicht dagewesene krisenhafte Situation. Alle finanziellen Planungen insbesondere bei eh schon finanzschwachen Kommunen, zu denen unzweifelhaft Mülheim gehört, sind Makulatur.

Verwaltung und Politik müssen sich aus ihrer Verantwortung für die Stadt heraus dem stellen. Aus den jeweils aktuellen Erkenntnissen gilt es, auch wenn dies vorerst aufgrund der nicht vorhersehbaren pandemischen Entwicklung eine Fahrt im Nebel ist, vorsichtige Weichenstellungen vorzunehmen. Die bekannten Worte Michael Gorbatschows „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ sind in diesem Zusammenhang sicherlich nicht falsch. Dies gilt insbesondere – weil die Städte sich nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen können – für die unerlässliche Hilfestellung der übergeordneten staatlichen Ebenen.

Angesichts der aktuellen Herausforderung müssen Politik und Verwaltung sich der Krise Hand in Hand entgegenstellen. Sie müssen nach einer Bestandaufnahme ausloten, welche Möglichkeiten überhaupt noch bestehen, einen desaströsen Kahlschlag im Bereich der freiwilligen Leistungen zu vermeiden. Es geht um nicht weniger als die Zukunft der Stadt Mülheim an der Ruhr.

Dieser Vorschlag soll dazu einen ersten Aufschlag bilden.

Tim Giesbert
Fraktionssprecher